

Rote Hilfe und der Verfassungsschutz

[https://www.verfassungsschutz-bw.de/,Lde/Startseite/Arbeitsfelder/Rote+Hilfe+e +V](https://www.verfassungsschutz-bw.de/,Lde/Startseite/Arbeitsfelder/Rote+Hilfe+e+V)

Rote Hilfe e. V.

Die „**Rote Hilfe e. V.**“ (RH) ist eine Rechtshilfeorganisation für Angehörige des linken und linksextremistischen Spektrums, die bei ihren politischen Aktivitäten mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind. Gegründet wurde sie 1975. Vorbild sowohl bei der Namensgebung als auch beim Vereinszweck war die KPD-nahe „Rote Hilfe Deutschlands“, die 1933 von den Nationalsozialisten verboten wurde.

Im Zusammenhang mit strafrechtlichen Maßnahmen unterstellt die RH dem Staat „politische Verfolgung“ oder „Schauprozesse“ und damit Willkür im Umgang mit Andersdenkenden. Tatverdächtigen Linksextremisten, auch Gewalttätern, bietet sie Prozessbegleitung und anwaltliche Hilfe. Damit unterstützt sie letztlich deren Kampf gegen die staatliche Ordnung. Mit ihren Kampagnen wirbt die RH z. B. für Solidarität mit inhaftierten Gesinnungsgenossen; besonders prominent begeht sie alljährlich den 18. März als „Tag der politischen Gefangenen“. Außerdem betätigt sie sich „gegen Rechts“.

Die Mitgliederzahlen der RH steigen seit Jahren kontinuierlich. In Baden-Württemberg ist der Verein mit sechs Ortsgruppen in Freiburg, Heidelberg/Mannheim, Heilbronn, Karlsruhe, Konstanz und Stuttgart aktiv. Bundesweit sind rund 13.700 Personen in 50 Ortsgruppen aktiv, in Baden-Württemberg hat die RH etwa 1.400 Mitglieder.

Weitere Informationen finden Sie im [☞ Verfassungsschutzbericht](#).



Aktuelles und
Service

Verfassungsschutz

Extremismus

Spionageabwehr

Wirtschafts- und
Geheimsschutz

Hybride
Bedrohungen

Prävention

STARTSEITE ▶ EXTREMISMUS ▶ LINKSEXTREMISMUS ▶ SONSTIGE LINKSEXTREMISTISCHE GRUPPEN ▶ ROTE HILFE E.V.

Rote Hilfe e. V. (RH)

Der Ursprung der RH geht auf die in der Weimarer Republik gegründete und von der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) dominierte Rote Hilfe Deutschland (RHD) zurück, der bis zu eine Million Mitglieder angehörten. Nach der Zerschlagung der Organisation durch die Nationalsozialisten wurde die RHD von der linksextremistischen Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML) 1975 wieder gegründet. Sie entwickelte sich von einem kommunistisch geleiteten Verband zu einer nach eigenen Angaben "parteiunabhängigen, strömungsübergreifenden Schutz- und Solidaritätsorganisation".

Ihre Hauptaufgabe sieht die RH im Kampf gegen "staatliche Repression", indem sie Rechtshilfe gewährt, Szeneangehörigen Anwälte vermittelt, Beihilfe zu Prozesskosten und Geldstrafen leistet und im Falle der Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe die so genannten politischen Gefangenen betreut, um den Zusammenhalt der Häftlinge mit der linksextremistischen Szene zu bewahren. Die RH versteht sich nicht als karitative Rechtsschutzversicherung. Ihrer Selbstdarstellung zufolge soll jede einzelne Unterstützung vielmehr ein Beitrag zur Stärkung der linken Bewegung darstellen. Strafandrohungen sollen im Vertrauen auf eine leistungsfähige Solidaritätsorganisation ihren abschreckenden Charakter verlieren. Sie stellt der staatlichen Verfolgung das Prinzip der Solidarität entgegen. Die RH hat als Hilfs- und Unterstützungsorganisation für die linksextremistische Szene eine unverändert große Bedeutung.

Strukturen

Die seit 1986 als eingetragener Verein fungierende Organisation ist in einen Bundesvorstand, selbstständige Ortsgruppen sowie Kontaktstellen gegliedert. Niedersächsische Ortsgruppen existieren in Braunschweig, Göttingen, Hameln, Hannover und Osnabrück. In Göttingen sind die Bundesgeschäftsstelle und die Redaktion der Vereinszeitschrift Die Rote Hilfe ansässig. Sie berichtet über den Stand von Strafverfahren und schildet Fälle, in denen Beschuldigte bei Strafverfahren Unterstützung von der RH erhalten haben. Sonstige politische Schriften und Rechtshilfebroschüren werden über den Literaturvertrieb der Rh in Kiel veröffentlicht. Neben ihren Unterstützungsleistungen stellt die RH so genannte Ermittlungsausschüsse zu besonderen Veranstaltungen bereit. sie kümmern sich um Festgenommene und vermitteln einen Rechtsbeistand.

Nach dem Betätigungsverbot für die PKK gründeten die RH und die Föderation der Kurdischen Vereine in Deutschland 1996 den gemeinsamen Rechshilfefonds AZADI. Er unterstützt als eingetragener Verein nach den gleichen Prinzipien wie die RH Kurdinnen und Kurden, die in Deutschland im Zuge ihrer politischen Betätigung von Strafverfolgung bedroht sind.

Die Mitglieder der Roten Hilfe, die sich aus dem gesamten linksextremistischen Spektrum rekrutieren, entscheiden über Grundsätze und Schwerpunkte der Tätigkeit der Roten Hilfe durch eine von ihnen gewählte Bundesdelegiertenversammlung. Die Organisation finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge und zahlreiche themenspezifische Spendenaktionen; so verwaltet z. B. die Göttinger Ortsgruppe ein "Castor-Konto", da der Bereich der Antiatomkraftbewegung den Schwerpunkt ihrer Unterstützungsarbeit darstellt. Darüber hinaus unterhält die RH weitere Spendenkonten für von staatlichen Sanktionen betroffene Antifaschisten.